

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörsen



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 61. Jahrgang · Heft 10/2016

Aufsätze

Dr. Jörg Schneider, M.J.I. (Gießen)

Kollektive Investitionsentscheidungen als öffentliches Angebot i.S.d. § 2 Nr. 4 WpPG

Der Begriff des öffentlichen Angebots ist ein zentraler Anknüpfungspunkt für eine Prospektpflicht nach dem Wertpapierprospektgesetz (WpPG) und zugleich einer der problematischsten Begriffe dieses Gesetzes. Der Beitrag geht zunächst der Frage nach, ob über rein individuelle Investitionsentscheidungen hinaus grundsätzlich auch kollektive Investitionsentscheidungen ein öffentliches Angebot von Wertpapieren i.S.d. § 2 Nr. 4 WpPG begründen können. Im Anschluss daran werden einzelne praxisrelevante Fallkonstellationen, wie Beschlussfassungen der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, Entscheidungen der Gläubigerversammlung nach dem Schuldverschreibungsgesetz (SchVG) oder Entscheidungen der insolvenzrechtlichen Gläubigerversammlung untersucht. Schließlich wird im gegebenen Kontext auf die Arbeiten zur neuen europäischen Prospektverordnung eingegangen.

341

RA Dr. Dirk Kocher, LL.M.

Beschließende Ausschüsse im Aufsichtsrat der dualistischen SE

Der Beitrag geht der Frage nach, ob beschließende Ausschüsse im Aufsichtsrat einer dualistischen SE einer besonderen Satzungsermächtigung bedürfen, um auch dann beschlussfähig zu sein, wenn dem Ausschuss weniger als die Hälfte der Mitglieder des Gesamtaufsichtsrats angehören. Er stellt den Streitstand dar und kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Satzungsregelung nicht erforderlich ist.

351

Kommentar

WP Dipl.-Kfm. Santiago Ruiz de Vargas (CVA) /
RA/StB Dr. Dieter Schenk

Anteilsbewertung im Squeeze-out-Fall bei vorliegendem Beherrschungs- und Gewinn- abführungsvertrag: Barwert der Ausgleichs- zahlungen oder anteiliger Ertragswert? (Kommentar zu BGH v. 12.1.2016 – II ZB 25/14, AG 2016, 359)

Die Ermittlung einer angemessenen Barabfindung im Falle des Ausschlusses eines Minderheitsaktionärs

(Squeeze-out) bei vorliegendem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist eine in der Rechtsprechung und Literatur kontrovers diskutierte Frage. Einige Stimmen plädieren dafür, dass allein der anteilige Ertragswert maßgeblich sei, andere wollen nur den Barwert der Ausgleichszahlungen ansetzen, während eine dritte Gruppe den Barwert der Ausgleichszahlungen als Wertuntergrenze ansieht und ein (erweitertes) Meistbegünstigungsprinzip einführen will. Aufgrund einer Vorlage des OLG Frankfurt hat der BGH am 12.1.2016 für die Praxis nun entschieden, dass der anteilige Ertragswert dann maßgebend ist, wenn dieser über dem Barwert der Ausgleichszahlungen liegt. Dabei hat er ausdrücklich offen gelassen, ob er im Barwert der Ausgleichszahlungen eine Wertuntergrenze sieht, und hat damit das Meistbegünstigungsprinzip (vorerst) nicht etabliert. Dieser Beitrag setzt sich mit der Entscheidung kritisch auseinander.

354

Rechtsprechung

Squeeze-out, Angemessenheit der Barabfindung

BGH v. 12.1.2016 – II ZB 25/14

359

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer, Wahlart, Leiharbeitnehmer

BAG v. 4.11.2015 – 7 ABR 42/13

363

Kaltes Delisting durch Verschmelzung

OLG Düsseldorf v. 19.11.2015 – I-26 W 4/15 (AktE)

366

Vergütung der anwaltlichen Tätigkeit im Spruchverfahren

OLG Düsseldorf v. 2.11.2015 – I-26 W 7/15 (AktE)

367

Leitung der Hauptversammlung, Entlastung, Auskunftsrecht

OLG Stuttgart v. 8.7.2015 – 20 U 2/14

370

Buchbesprechungen

Christoph E. Hauschka / Klaus Moosmayer / Thomas Lösler (Hrsg.)

Corporate Compliance

(Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider)

380

Impressum

R 164